

Zur Familienpolitik-Studie von Prognos

## Gutachter als Sprachrohr der Wirtschaftslobby

Kurzfristiges betriebswirtschaftliches Profitdenken droht nun auch die Familienpolitik zu erfassen. Sie sei ineffizient, behauptet eine Studie, die das Bundesfamilienministerium in Auftrag gab. Die Argumente sind zwar höchst fragwürdig, dienen aber trotzdem als Grundlage für eine Medienkampagne.

von Dr. Johannes Resch

In seiner Ausgabe vom 4.02.2013 beschäftigt sich das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ mit „Deutschlands gescheiterter Familienpolitik“. Der achtseitige Leitartikel mit dem Titel „Der 200-Milliarden-Irrtum“ bezieht sich auf Aussagen eines internen Zwischenberichts des Beratungsunternehmens „Pro-

gnos AG“, das vom Bundesfinanz- und vom Bundesfamilienministerium mit einer „Gesamtevaluation familien- und ehebezogener Leistungen“ beauftragt worden war. Prognos berät normalerweise vor allem Wirtschaftsunternehmen mit dem Ziel der Profitmaximierung. Offensichtlich hat es seinen Auftrag so verstanden, auch die familienpolitischen staatlichen Leistungen unter dem Gesichtspunkt der volkswirtschaftlichen Optimierung zu bewerten – ganz im Sinne der Wirtschaftslobby.

*Was den Eltern hilft, ihre Kinder selbst zu erziehen, wird infrage gestellt. Sie sollen möglichst alle auf den Arbeitsmarkt drängen.*

Die dem Spiegel-Bericht zu entnehmenden „Ergebnisse“ sehen dann auch danach aus. Sogar das

angesichts der Kinderkosten mickrige Kindergeld wird als „wenig effektiv“ bezeichnet – aber nicht, weil es mickrig ist, sondern weil es das überhaupt gibt. Den „Forschern“ ist offensichtlich nicht einmal bekannt, dass sich das Kindergeld überwiegend aus der verfassungsrechtlich gebotenen Steuerfreistel-

### Je mehr Arbeitsuchende, desto niedriger die Löhne

lung des Existenzminimums der Kinder ergibt. Nach der Logik der Gutachter müssten dann auch die steuerlichen Grundfreibeträge als Leistung des Staates als „Erwachsenengeld“ in Höhe von mindestens 120 Mrd. Euro gelten.

nach dem Motto: Je mehr Menschen Arbeit suchen, desto niedriger können die Löhne und desto höher die Profite sein! Um diese Entwicklung zu beschleunigen, liegt die ausschließliche „Effizienz“ des Ausbaus von Kinderkrippen auf der Hand.

Es ist auch zu fragen: Wo bleibt der investigative Journalismus? Warum fallen gleich sechs Spiegel-Journalisten auf die offensichtlich von der Profitgier weniger Akteure gesteuerte Stimmungsmache gegen Eltern herein? Könnte das daran liegen, dass Publizistinnen und Publizisten unter 80 untersuchten Berufsgruppen am häufigsten kinderlos sind, wie im „Mikrozensus 2000“ zu lesen war, und damit die Empathie für Familien verloren haben? Familienministerin Kristina Schröder ist zugute zu halten, dass sie sich sehr schnell von diesen „Forschungsergebnissen“ distanziert und sie als „unseriös“ bezeichnet hat. Aber der Spiegel-Bericht und viele andere Berichte zeigen, dass die Steuerung der Presse durch die Wirtschaftslobby offensichtlich schon weit fortgeschritten ist.

### 200 Mrd. Euro familienpolitische Leistungen?

Aber was ist mit den 200 Mrd. Euro, die nach Ansicht der „Gutachter“ und des Spiegel wirkungslos verpulvert werden? Das wären 5 % der Wirtschaftsleistung – eigentlich nicht viel, schließlich sind deutsche Bürger heute im Schnitt etwa 25 % ihrer Lebenszeit Kinder und in Ausbildung befindliche Jugendliche. Sie hätten dann auch etwa 25 % der Wirtschaftsleistung zu beanspruchen, um gleichberechtigt leben und lernen zu können. Aber schon hier zeigt sich, dass der Löwenanteil der Kinderkosten eben doch von den Eltern getragen wird und nicht vom Staat.



Der Spiegel-Artikel „Der 200-Milliarden-Irrtum“ ist im Internet unter folgendem Link zu finden: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-90848686.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-90848686.html)

Aber stimmt denn das mit den 200 Mrd. Euro überhaupt? Nach dem im Spiegel abgedruckten Diagramm sind 75 Mrd. Euro davon „ehebezogen“. Das Geld kommt zwar überwiegend, aber nicht vollständig den Familien zugute, weil es auch viele kinderlose Ehen gibt. Aber selbst durch das als „ziemlich unwirksam“ bezeichnete Ehegattensplitting, das ca. 20 Mrd. Euro ausmacht, dürfte der Staat eher Geld sparen. Schließlich ergibt sich das Splitting, weil die Ehe als Wirtschaftsgemeinschaft gilt. Wäre das anders, ließe sich auch die gegenseitige Unterhaltspflicht in der

### Investigativer Journalismus? Warum fallen sechs Spiegel-Journalisten auf die gesteuerte Stimmungsmache gegen Eltern herein?

Ehe nicht rechtfertigen. Vermutlich käme das für den Staat teurer.

Und wie setzen sich die angeblichen 125 Mrd. Euro „Familien-

förderung“ zusammen? Dass die angeführten fast 40 Mrd. Euro Kindergeld überwiegend Steuer-Rückerstattungen sind, die dem Grundfreibetrag der Erwachse-

nen entsprechen, wurde bereits erwähnt. Dass Familien einen höheren Anteil ihres Einkommens verbrauchen müssen und deshalb



überproportional Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer, Stromsteuer) bezahlen müssen, haben weder die Gutachter noch der Spiegel beachtet. Sie haben eben alle nur aus der Sicht eines Wirtschaftsunternehmens gedacht. Man könnte auf die Idee kommen, dass keiner der sechs Spiegel-Journalisten für Kinder Verantwortung trägt.

Ebenso absurd ist es, wenn die „beitragsfreie Mitversicherung“ der Kinder in der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung als „Familienförderung“ geführt wird. Sicher tragen die Eltern durch





arbeit und Entwicklung (OECD), die das Forschungsprojekt aufmerksam beobachtet, nennt die Studie „sehr innovativ“.

Einer ihrer wichtigsten Befunde freilich kann kaum überraschen: Das Ehegattensplitting scheidet besonders schlecht ab. Es kostet den Staat so Milliarden Euro pro Jahr. Damit gehört es zu den teuersten Instrumenten der hiesigen Familienpolitik – hat aber mit Familie in Wahrheit kaum etwas zu tun. Die Ehe als Quell der Familie ist eher ideologische Hülse. Das Splitting subventioniert nur noch eine juristische Rechtsform.

Es belohnt die Eheschließung zweier Menschen, die unterschiedlich viel verdienen. Ihre Einkommen werden erst addiert, dann halbiert und besteuert. Je größer der Einkommensunterschied, desto größer ist der Steuervorteil. Am stärksten begünstigt wird die Alleinverdienerin. Hier sind pro Paar und Jahr bis zu 15.694 Euro Steuernachlass drin.

Das Ehegattensplitting führe dazu, dass für Frauen „der Heiratsmarkt oft lukrativer sei als der Arbeitsmarkt“, spottet die Familienforscherin Jutta Allmendinger. Kinder spielen beim Ehegattensplitting erstaunlicherweise keine Rolle. Für Alleinerziehende gibt es nichts. Unverheiratete Paare: Pech gehabt. Da kann die Kinderschar noch so groß sein: Wenn Papa und Mama ohne Trauschein zusammenleben, werden sie wie Singles behandelt.

Niemand weiß das besser als Leif Goetzke. Der Studienberater an einer Fernhochschule in Hamburg hat eine zwe-

und Frauen privat wie beruflich möglichst gleichzustellen. Frankreich wiederum verfolgt eine offensive Bevölkerungspolitik und will seine hohe Geburtenrate halten.

Daran orientierten sich auch die Forscher, als sie ihre Studie konzipierten. In einem ersten Schritt definierten sie vier Ziele, an denen sich Familienpolitik orientieren könne: die wirtschaftliche Stabilität von Familien, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Förderung von Kindern und schließlich die Steigerung der Geburtenrate.

Anschließend überprüften sie, wie sich die einzelnen familienpolitischen Leistungen mit den Vorgaben vertragen. Die Forscher konnten dabei unter anderem auf die Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zugreifen, einer Langzeitbeobachtung, die die Lebensverhältnisse in Deutschland präzise abbildet. Mehr als 11.000 Haushalte werden dazu seit Jahren immer wieder befragt. Die Interviews dauern bis zu einer Stunde; es gibt Fragebögen in sieben Sprachen.

Auf diese Weise arbeiteten die Wissenschaftler nicht nur die Zielkonflikte und Widersprüche der Familienleistungen heraus. Sie konnten erstmals auch abschätzen, welche Folgen sich für den Arbeitsmarkt, die Steuerentnahmen oder die Sozialversicherungen ergeben.

So etwas hat es bislang nicht gegeben. Die internationale Organisation für wirtschaftliche Zusammen-

arbeit und Entwicklung (OECD), die das Forschungsprojekt aufmerksam beobachtet, nennt die Studie „sehr innovativ“.

Einer ihrer wichtigsten Befunde freilich kann kaum überraschen: Das Ehegattensplitting scheidet besonders schlecht ab. Es kostet den Staat so Milliarden Euro pro Jahr. Damit gehört es zu den teuersten Instrumenten der hiesigen Familienpolitik – hat aber mit Familie in Wahrheit kaum etwas zu tun. Die Ehe als Quell der Familie ist eher ideologische Hülse. Das Splitting subventioniert nur noch eine juristische Rechtsform.

Es belohnt die Eheschließung zweier Menschen, die unterschiedlich viel verdienen. Ihre Einkommen werden erst addiert, dann halbiert und besteuert. Je größer der Einkommensunterschied, desto größer ist der Steuervorteil. Am stärksten begünstigt wird die Alleinverdienerin. Hier sind pro Paar und Jahr bis zu 15.694 Euro Steuernachlass drin.

Das Ehegattensplitting führe dazu, dass für Frauen „der Heiratsmarkt oft lukrativer sei als der Arbeitsmarkt“, spottet die Familienforscherin Jutta Allmendinger. Kinder spielen beim Ehegattensplitting erstaunlicherweise keine Rolle. Für Alleinerziehende gibt es nichts. Unverheiratete Paare: Pech gehabt. Da kann die Kinderschar noch so groß sein: Wenn Papa und Mama ohne Trauschein zusammenleben, werden sie wie Singles behandelt.

Niemand weiß das besser als Leif Goetzke. Der Studienberater an einer Fernhochschule in Hamburg hat eine zwe-

und Frauen privat wie beruflich möglichst gleichzustellen. Frankreich wiederum verfolgt eine offensive Bevölkerungspolitik und will seine hohe Geburtenrate halten.

Daran orientierten sich auch die Forscher, als sie ihre Studie konzipierten. In einem ersten Schritt definierten sie vier Ziele, an denen sich Familienpolitik orientieren könne: die wirtschaftliche Stabilität von Familien, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Förderung von Kindern und schließlich die Steigerung der Geburtenrate.

Anschließend überprüften sie, wie sich die einzelnen familienpolitischen Leistungen mit den Vorgaben vertragen. Die Forscher konnten dabei unter anderem auf die Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zugreifen, einer Langzeitbeobachtung, die die Lebensverhältnisse in Deutschland präzise abbildet. Mehr als 11.000 Haushalte werden dazu seit Jahren immer wieder befragt. Die Interviews dauern bis zu einer Stunde; es gibt Fragebögen in sieben Sprachen.

Auf diese Weise arbeiteten die Wissenschaftler nicht nur die Zielkonflikte und Widersprüche der Familienleistungen heraus. Sie konnten erstmals auch abschätzen, welche Folgen sich für den Arbeitsmarkt, die Steuerentnahmen oder die Sozialversicherungen ergeben.

So etwas hat es bislang nicht gegeben. Die internationale Organisation für wirtschaftliche Zusammen-

arbeit und Entwicklung (OECD), die das Forschungsprojekt aufmerksam beobachtet, nennt die Studie „sehr innovativ“.

Einer ihrer wichtigsten Befunde freilich kann kaum überraschen: Das Ehegattensplitting scheidet besonders schlecht ab. Es kostet den Staat so Milliarden Euro pro Jahr. Damit gehört es zu den teuersten Instrumenten der hiesigen Familienpolitik – hat aber mit Familie in Wahrheit kaum etwas zu tun. Die Ehe als Quell der Familie ist eher ideologische Hülse. Das Splitting subventioniert nur noch eine juristische Rechtsform.

Es belohnt die Eheschließung zweier Menschen, die unterschiedlich viel verdienen. Ihre Einkommen werden erst addiert, dann halbiert und besteuert. Je größer der Einkommensunterschied, desto größer ist der Steuervorteil. Am stärksten begünstigt wird die Alleinverdienerin. Hier sind pro Paar und Jahr bis zu 15.694 Euro Steuernachlass drin.

Das Ehegattensplitting führe dazu, dass für Frauen „der Heiratsmarkt oft lukrativer sei als der Arbeitsmarkt“, spottet die Familienforscherin Jutta Allmendinger. Kinder spielen beim Ehegattensplitting erstaunlicherweise keine Rolle. Für Alleinerziehende gibt es nichts. Unverheiratete Paare: Pech gehabt. Da kann die Kinderschar noch so groß sein: Wenn Papa und Mama ohne Trauschein zusammenleben, werden sie wie Singles behandelt.

Niemand weiß das besser als Leif Goetzke. Der Studienberater an einer Fernhochschule in Hamburg hat eine zwe-

zusammen. Für den Staat ist das selbst bei dieser Rechnung immer noch ein Bombengeschäft, auf der anderen Seite aber ein riesiges Verlustgeschäft für die Familien. Diese asymmetrische Geldbewegung ist die wichtigste Ursache für die heutige Kinder- und Familienarmut in einer eigentlich immer reicher werdenden Gesellschaft.

### Gutachter wiederholen einen alten Denkfehler

Der „Denkfehler“, den Oswald von Nell-Breuning schon 1957 so beschrieb und den sowohl die „Forscher“ von Prognos als auch die Journalisten des Spiegel machen, liegt einfach darin, dass sie die Flüsse vom Staat zu den Kindern auflisten und sogar überzeichnen, aber die viel größeren Rückflüsse einfach ignorieren. Die Gutachter mögen ja volkswirtschaftlich geschult sein. Aber Kinder als Investition zu begreifen, überfordert sie offensichtlich. Sie würden auch nie einem Unternehmer empfehlen, eine teure Maschine zu kaufen, die erst nach 20 bis 30 Jahren zu arbeiten beginnt. Daran orientieren sich nun ihre Empfehlungen an die Politik.

Sicher war es von vornherein ein Fehler, Leute mit einem Gutachten zur Familienpolitik zu beauftragen, die schon von ihrer Ausbildung her auf kurzfristige Profitmaximierung programmiert sind. Das ist ungefähr so, wie wenn Gutachter den

an, wie peinlich es ihr war, sich mit dergleichen „Empfehlungen“ auseinanderzusetzen. Allerdings kann ihr kein Vorwurf gemacht werden, dieses „Gutachten“ in Gang gesetzt zu haben. Das Kuckucksei wurde ihr schon von ihrer Vorgängerin Ursula von der Leyen ins Nest gelegt.

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Es geht hier nicht um Polemik gegen Kinderkrippen. Wenn Eltern eine Krippenbetreu-

### Der familienpolitische Sündenfall erfolgte mit der Rentenreform 1957 durch Adenauer.

#### Da wurden die Eltern quasi enteignet.

ung wünschen, um anderweitig erwerbstätig zu sein und das für richtig halten, steht ihnen das nach unserem Grundgesetz frei. Aber der Staat hat kein Recht, Eltern zu bevormunden, indem er eine gewünschte Betreuungsart einseitig begünstigt, wie er das heute unter dem Druck der Wirtschaftslobby tut. Nur die Eltern haben – abgesehen bei Gefährdung des Kindeswohls – das Recht, über die Art der Kindererziehung zu entscheiden. In der Regel wird ihre Entscheidung besser und ihrer individuellen Situation angemessener sein als die einer profitorientierten oder anderweitig ideologisch begründeten staatlichen Vorgabe.

### Der familienpolitische Sündenfall geschah 1957

Verantwortlich für diese Entwicklung sind aber weder Prognos noch der Spiegel. Die Ursachen sitzen viel tiefer. Der familienpolitische Sündenfall erfolgte schon mit der Rentenreform 1957 durch Konrad Adenauer. Damals wurden die Eltern quasi über Nacht enteignet, indem die Altersversorgung, die über Jahrtausende der Lohn für die

Erziehung von Kindern gewesen war, an Erwerbsarbeit gekoppelt wurde. Plötzlich waren die Kinder – über ihre Sozialabgaben – ihren Eltern weniger verpflichtet als den kinderlosen Nachbarn. Kindererziehung wurde mit einem Schlag zu einem in der Regel lebenslangen Verlustgeschäft, was sie zuvor niemals gewesen war. Auch alle Wertvorstellungen, die zuvor mit Familie verbunden waren, verloren dadurch

schrittweise ihre Grundlage. Kinder, seit Menschengedenken die Basis der eigenen sozialen Sicherheit, waren plötzlich zum größten Armutsrisiko geworden.

Von konservativen Kreisen wird die Schuld für den Verfall der Familie in der Regel auf „linke Ideologien“ geschoben, die zum Teil tatsächlich die Familie als Lebensform für überholt halten. Dabei wird aber übersehen, dass erst die Sozialgesetzgebung Adenauers das bis dahin vitale „Unternehmen Familie“ unrentabel und damit auch unattraktiv gemacht hat. So wurde den „familienfeindlichen Ideologien“, die es auch schon vorher gab, sozusagen der rote Teppich ausgerollt, auf dem sie nur noch voranzuschreiten brauchten. Die These, die familiäre Lebensform sei überholt, schien dadurch bestätigt zu werden, dass in der Regel Leute ohne Kinder von den Kindern mehr profitierten als die Eltern. Auch die „Pille“ sollte nicht zum Sündenbock gemacht werden, denn sie kann ja nur unerwünschte Kinder verhindern, ist aber für den nachgewiesenen Rückgang des Kinderwunsches selbst nicht verantwortlich.

Die Ergebnisse der „Forscher“ lassen sich auch so deuten, dass sie die heutigen Erfahrungen kinderloser Bürger – geringster Einsatz = höchster Profit – einfach auf die Gesamtgesellschaft übertragen: weniger Kinderkosten = höchste Wirtschaftskraft. Tatsächlich stimmt das auch, wenn vom Gedankengang eines Investors ausgegangen wird, dessen Einsatz sich in wenigen Jahren lohnen soll. Wenn dann die Wirtschaft wegen des fehlenden Nachwuchses zu schwächeln beginnt, bleibt immer noch Gelegenheit, das Kapital abzubauen, um es in Ländern anzulegen, die genügend Nachwuchs haben.

Allerdings schwächt unsere Wirtschaft schon heute. Aber statt sich über die Ursachen Gedanken zu machen, empfehlen die Gutachter, aus den Eltern die letzten Reserven herauszupressen, um ein letztes Strohfeuer zu entfachen. Das mag wohl sogar kurzfristig zu Exportüberschüssen und guten Profiten für Aktionäre führen. Der absehbar anschließende Zusammenbruch wird dann den immer weniger und immer weniger belastbaren Kindern überlassen. So weit denken weder die „Forscher“ noch die Spiegel-Journalisten. Es wäre schön, wenn die Familienministerin weiterdenkt. ■

**Dr. Johannes Resch,** Jahrgang 1940, studierte Medizin und arbeitete 20 Jahre als Leitender Arzt eines Versorgungsamts. Seit 1998 ist er Mitglied der ÖDP-Bundesprogrammkommission und war von 2008 bis 2010 ihr Sprecher. Zurzeit ist er Sprecher des Bundesarbeitskreises „Familie, Soziales, Gesundheit“



johannes.resch@t-online.de